

# UOKG

UNION DER OPFERVERBÄNDE  
KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

UOKG e.V.

www.UOKG.de  
Info@uokg.de

Vorsitzender: Rainer Wagner  
Ehrenvorsitzende:  
Gerhard Finn, Horst Schüler  
Stellv. Vorsitzende:  
Helmut Ebel, Dr. Klaus Zöllig

**Geschäftsstelle der UOKG**  
**Theodor Mitrup**  
**Tino Stephan**  
**Carola Schulze**  
Ruschestraße 103, Haus 1  
D-10365 Berlin  
Tel.: (030) 55779354  
Fax: (030) 55779340

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 11.03.2008

### SED-Opfer lassen nicht locker

#### **Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Jürgen Strahl wird angefochten**

Im November letzten Jahres erstattete die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) im Namen der Opfer der SBZ/DDR-Diktatur Anzeige gegen den früheren Hauptmann des Ministeriums für Staatssicherheit und heutigen Rechtsanwalt, Jürgen Strahl. Dieser hatte zuvor die Hinrichtung des Stasi-Überläufers Teske im Jahre 1981 auf einer „Tagung zur Aufarbeitung der Geheimdienstarbeit“ an der dänischen Universität Odense mit den folgenden Worten gutgeheißen:

**„Teske hatte die Tatbestandsmerkmale der Spionage und des Verrats erfüllt. Vorgestern ist der Stauffenberg-Film gelaufen. Wer Verrat begeht, erschießt sich. Und wer es nicht selber tut, der wird erschossen. Einfach nur mal so.“**

Wir sehen in diesen Äußerungen die Straftatbestände der Volksverhetzung, der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und der Billigung von Straftaten (§§ 130, 189 und 140 StGB) erfüllt.

Die Äußerung des Herrn Strahl kann nur so verstanden werden, dass alle diejenigen, die gegen das NS-Regime Widerstand geleistet haben, zu recht als „Verräter“ hingerichtet wurden. In der Bundesrepublik Deutschland Konsens besteht aber darüber Konsens, dass es sich bei Claus Schenk Graf von Stauffenberg und anderen um mutige Widerstandskämpfer und nicht um Verräter handelte. Die Hinrichtung dieser Menschen war Mord und keine gerechte Strafe. Mit den Äußerungen des Herrn Strahl wird der öffentliche Frieden in unserem Land gestört. Durch die Bezeichnung von Claus Schenk Graf von Stauffenberg als Verräter und zu recht Hingerichteten wird seine Person besonders grob und schwerwiegend herabgesetzt und damit sein Andenken verunglimpft.

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) ist der Dachverband von über 30 Vereinen und Verbänden politisch Verfolgter aus der DDR und der SBZ.

Stattdessen hat die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren eingestellt.

Der Einstellungsbescheid beinhaltet lediglich weitschweifige Äußerungen über den Stellenwert der Meinungsfreiheit in unserem Land. Gerade wir als Opfer der zweiten deutschen Diktatur, die die Negierung solcher und anderer Menschenrechte am eigenen Leib erfahren mussten, schätzen die Meinungsfreiheit als unmessbar hohes Gut in unserem heutigen demokratischen Rechtsstaat. Aber die Meinungsfreiheit gerät zur Farce, wenn Personen versuchen, ihre kriminellen Äußerungen unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit ungestraft in die Öffentlichkeit zu tragen.

Wir erwarten deshalb weiterhin, dass diese bösartige Entgleisung, die sich keinesfalls mehr im Rahmen der durch das Grundgesetz geschützten Meinungsfreiheit bewegt, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln geahndet wird. Deswegen haben wir gegen den Einstellungsbescheid Beschwerde eingelegt und erwarten eine Korrektur der staatsanwaltschaftlichen Entscheidung .

Rainer Wagner  
**- Vorsitzender -**

Tino Stephan  
**- Jurist und Mitarbeiter der Geschäftsstelle -**